



Geschäftsführung Hauptausschuss

Frau Knaup

Telefon: (0221) 221-26014

Fax: (0221) 221-26570

E-Mail: maria.knaup@stadt-koeln.de

Datum: 04.02.2017

Niederschrift

über die **22. Sitzung des Hauptausschusses (Sondersitzung)** in der Wahlperiode 2014/2020 am Donnerstag, dem 19.01.2017, 16:35 Uhr bis 17:15 Uhr, Historisches Rathaus, Konrad-Adenauer Saal, Raum-Nr. 1.18

Anwesend waren:

Vorsitzende

Frau Oberbürgermeisterin Henriette Reker

Stimmberechtigte Mitglieder

Herr Martin Börschel	SPD
Frau Susana dos Santos Herrmann	SPD
Frau Monika Schultes	SPD
Herr Dr. Ralph Elster	CDU
Frau Ursula Gärtner	CDU
Herr Niklas Kienitz	CDU
Herr Bernd Petelkau	CDU
Herr Jörg Frank	GRÜNE
Frau Kirsten Jahn	GRÜNE
Herr Ralph Sterck	FDP

Stellvertretende stimmberechtigte Mitglieder

Herr Christian Joisten	SPD	Vertretung von Herrn Dr. Heinen
Herr Manfred Richter	GRÜNE	Vertretung von Frau von Bülow
Frau Güldane Tokyürek	DIE LINKE	Vertretung von Frau Stahlhofen

Beratende Mitglieder

Herr Jochen Haug	AfD
------------------	-----

Verwaltung

Frau Beigeordnete Andrea Blome

Herr Stadtdirektor Dr. Stephan Keller

Frau Beigeordnete Susanne Laugwitz-Aulbach

Herr Beigeordneter Dr. Harald Rau
Frau Katlen Peter
Herr Gregor Timmer

Presse

Zuschauer

Entschuldigt fehlen:

Stimmberechtigte Mitglieder

Herr Bürgermeister Dr. Ralf Heinen	SPD	vertreten durch Herr Joisten
Frau Brigitta von Bülow	GRÜNE	vertreten durch Herrn Richter
Frau Gisela Stahlhofen	DIE LINKE	vertreten durch Frau Tokyürek

Verwaltung

Frau Beigeordnete Ute Berg
Herr Beigeordneter Franz-Josef Höing
Frau Beigeordnete Dr. Agnes Klein
Frau Stadtkämmerin Gabriele C. Klug
Frau Dagmar Dahmen

Frau Oberbürgermeisterin Reker eröffnet die Sitzung und begrüßt die Anwesenden.

Es gibt folgende Zusetzungen:

3.1 Anfrage der SPD-Fraktion betreffend: Einsatz von Geflüchteten als Ordnungskräfte zu Silvester 2015/2016
AN/0002/2017

Antwort der Verwaltung
0066/2017

3.2 Anfrage der SPD-Fraktion betreffend: Entscheidung der Vergabekammer Rheinland zum Erweiterungsbau für das Wallraf-Richartz-Museum & Fondation Corboud
AN/0039/2017

Antwort der Verwaltung

3.3 Anfrage der SPD-Fraktion betreffend: Autonomes Zentrum Köln an der Luxemburger Straße 93
AN/0069/2017

- 5.1.1 Fördermittel aus dem Bundesprogramm „Kommunale Koordinierung der Bildungsangebote für Neuzugewanderte“
4235/2016

Änderungsantrag der SPD-Fraktion und der Fraktion DIE LINKE
AN/0053/2017

Änderungsantrag der Fraktionen SPD, CDU, Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke.
AN/0082/2017

Die nachfolgende Tagesordnung wird einstimmig angenommen.

Tagesordnung

I. Öffentlicher Teil

- 1 Anträge auf Durchführung einer aktuellen Stunde gemäß § 5 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen**

2 Mitteilungen

2.1 Mitteilungen der Oberbürgermeisterin

2.2 Mitteilungen zu gleichstellungsrelevanten Themen

3 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

- 3.1 Anfrage der SPD-Fraktion betreffend: Einsatz von Geflüchteten als Ordnungskräfte zu Silvester 2015/2016
AN/0002/2017

Antwort der Verwaltung
0066/2017

- 3.2 Anfrage der SPD-Fraktion betreffend: Entscheidung der Vergabekammer Rheinland zum Erweiterungsbau für das Wallraf-Richartz-Museum & Fondation Corboud
AN/0039/2017

Antwort der Verwaltung
0221/2017

3.3 Anfrage der SPD-Fraktion betreffend: Autonomes Zentrum Köln an der Luxemburger Straße 93
AN/0069/2017

4 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

5 Dringlichkeitsentscheidungen

5.1 Dringlichkeitsentscheidungen gemäß § 60 Absatz 1 Satz 1 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

5.1.1 Fördermittel aus dem Bundesprogramm „Kommunale Koordinierung der Bildungsangebote für Neuzugewanderte“
4235/2016

5.2 Genehmigung von Dringlichkeitsentscheidungen gemäß § 60 Absatz 2 Satz 2 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

6 Sonstige Allgemeine Vorlagen

6.1 Beschaffung von rettungsdienstlichen Leistungen der Notfallrettung nach Beschluss des Rettungsdienstbedarfsplans 2016 entsprechend der Regularien des § 13 RettG NRW (Mitwirkung anerkannter Hilfsorganisationen und anderer Leistungserbringer)
2768/2016

Änderungsantrag der SPD-Fraktion und der Fraktion DIE LINKE
AN/0053/2017

Änderungsantrag der Fraktionen SPD, CDU, Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke.
AN/0082/2017

7 Mündliche Anfragen

II. Nichtöffentlicher Teil

8 Mitteilungen

8.1 Mitteilungen der Oberbürgermeisterin

8.2 Mitteilungen zu gleichstellungsrelevanten Themen

9 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

10 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

11 Dringlichkeitsvorlagen

11.1 Dringlichkeitsentscheidungen gemäß § 60 Absatz 1 Satz 1 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

11.2 Genehmigung von Dringlichkeitsentscheidungen gemäß § 60 Absatz 2 Satz 2 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

12 Personalien

13 Sonstige allgemeine Vorlagen

14 Mündliche Anfragen

I. Öffentlicher Teil

- 1 Anträge auf Durchführung einer aktuellen Stunde gemäß § 5 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen**
- 2 Mitteilungen**
 - 2.1 Mitteilungen der Oberbürgermeisterin**
 - 2.2 Mitteilungen zu gleichstellungsrelevanten Themen**
- 3 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen**
 - 3.1 Anfrage der SPD-Fraktion betreffend: Einsatz von Geflüchteten als Ordnungskräfte zu Silvester 2015/2016
AN/0002/2017**

Antwort der Verwaltung 0066/2017

Herr Börschel fragt, weshalb die Verwaltung davon abgesehen habe, härtere Konsequenzen wie zum Beispiel die Kündigung des Auftrages oder auch der Ausschluss weiterer Vergaben zu ziehen, da das beauftragte Unternehmen sich in der Vergangenheit nicht als ausreichend zuverlässig erwiesen habe.

Herr Rummel erklärt, dass bei dem Vergabeverfahren keine hinreichenden Gründe für einen Ausschluss des Unternehmens vorgelegen hätten.

Herr Börschel stellt weitere Fragen zu den eingesetzten Kräften in der Silvesternacht 2016/2017. Herr Rummel beantwortet die Fragen und erläutert den genauen Verlauf der Überprüfung der Einsatzkräfte.

- 3.2 Anfrage der SPD-Fraktion betreffend: Entscheidung der Vergabekammer Rheinland zum Erweiterungsbau für das Wallraf-Richartz-Museum & Fondation Corboud
AN/0039/2017**

Antwort der Verwaltung 0221/2017

Herr Börschel bittet, die Anfrage sowie die Antwort der Verwaltung in der nächsten Sitzung des Hauptausschusses erneut zu behandeln. Ebenso bittet er, den Antrag sowie die Antwort der Verwaltung in den Ausschuss für Kunst und Kultur sowie in den Unterausschuss Kulturbauten zu geben.

Die Anfrage AN/0039/2017 sowie die Antwort der Verwaltung 0221/2017 werden zurückgestellt.

**3.3 Anfrage der SPD-Fraktion betreffend: Autonomes Zentrum Köln an der Luxemburger Straße 93
AN/0069/2017**

Frau Oberbürgermeisterin Reker sagt zu, die heute eingegangene Anfrage zur nächsten Sitzung des Hauptausschusses zu beantworten.

Die Anfrage wird zurückgestellt.

4 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

5 Dringlichkeitsentscheidungen

5.1 Dringlichkeitsentscheidungen gemäß § 60 Absatz 1 Satz 1 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

**5.1.1 Fördermittel aus dem Bundesprogramm „Kommunale Koordinierung der Bildungsangebote für Neuzugewanderte“
4235/2016**

Frau Oberbürgermeisterin Reker lässt über die Dringlichkeitsentscheidung abstimmen.

Beschluss:

Der Hauptausschuss beschließt die Projektträgerschaft der Stadt Köln für das Kölner Projekt „Kommunale Koordinierung der Bildungsangebote für Neuzugewanderte“ aus Mitteln des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF) ab sofort.

Zur Durchführung des Projektes beschließt der Hauptausschuss die Einrichtung von drei zusätzlichen, zunächst bis zum 31.12.2018 befristeten, Planstellen EG 13 TVöD zum Stellenplan 2018.

Da eine Stellenbesetzung unterjährig im Jahr 2017 erforderlich ist, werden bis zum Inkrafttreten des Stellenplans 2018 verwaltungsintern Verrechnungsstellen bereitgestellt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

5.2 Genehmigung von Dringlichkeitsentscheidungen gemäß § 60 Absatz 2 Satz 2 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

6 Sonstige Allgemeine Vorlagen

6.1 Beschaffung von rettungsdienstlichen Leistungen der Notfallrettung nach Beschluss des Rettungsdienstbedarfsplans 2016 entsprechend der

**Regularien des § 13 RettG NRW (Mitwirkung anerkannter Hilfsorganisationen und anderer Leistungserbringer)
2768/2016**

**Änderungsantrag der SPD-Fraktion und der Fraktion DIE LINKE
AN/0053/2017**

**Änderungsantrag der Fraktionen SPD, CDU, Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke.
AN/0082/2017**

Herr Joisten zieht den Änderungsantrag AN/0053/2017 zurück und erläutert den Standpunkt der SPD-Fraktion zum neuen gemeinsamen Änderungsantrag der Fraktionen SPD, CDU, Bündnis 90/Die Grünen und DIE LINKE.

Die Mitglieder des Hauptausschusses führen eine intensive Debatte zum Thema.

Herr Dr. Elster nimmt aus Sicht der CDU zum gemeinsamen Änderungsantrag Stellung.

Herr Richter dankt Herrn Stadtdirektor Dr. Keller für die weiteren Informationen zum Verfahren. Herr Richter und Herr Frank erläutern den Standpunkt der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

Frau Tokyürek erklärt die Haltung der Fraktion DIE LINKE.

Herr Sterck spricht sich im Namen der FDP klar gegen den Antrag der anderen Fraktionen und für das in der Verwaltungsvorlage vorgeschlagene Verfahren aus.

Frau Oberbürgermeisterin Reker lässt über den gemeinsamen Änderungsantrag (AN/0082/2017) der Fraktionen SPD, CDU, Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke abstimmen, der lautet:

Beschluss:

Der Beschlussvorschlag der Verwaltung wird wie folgt ersetzt:

Die Verwaltung wird beauftragt, die zu vergebenden rettungsdienstlichen Leistungen unter Nutzung der Bereichsausnahme nach § 107 Abs. 1 Nr. 4 GWB im Rahmen an die in Köln ansässigen Hilfsorganisationen für die Dauer von 5 Jahren zu vergeben.

- Die Vergabe soll sich an wettbewerblichen Maßstäben mit den Kriterien Leistung, Kostentransparenz, Wirtschaftlichkeit orientieren.
- Die Angebote müssen so beschaffen sein, dass die Akzeptanz der Krankenkassen weiterhin gewährleistet bleibt.
- Damit angesichts des sich verschärfenden Fachkräftemangels eine verlässliche und stabile Personalgewinnung und -bindung erreicht wird, sind die beauftragten Organisationen vertraglich zur Einhaltung von Sozial-Standards zu verpflichten. Dazu gehören insbesondere eine tarifgerechte und ausbildungsentprechende Bezahlung, grundsätzlich unbefristete Arbeitsverträge für hauptamtliches Personal, Rechtsschutz bei einsatzbedingten Auseinandersetzungen und eine vollständige Bezahlung von persönlicher Schutzausrüstung in ausreichendem Umfang.
- Zur Nachwuchssicherung sind die beauftragten Organisationen vertraglich zu

verpflichten, an einer bedarfsgerechten Ausbildung von Fachkräften mitzuwirken.

- Bei der Leistungsvergabe an bisherige Anbieter sollen die erworbenen Ortskenntnis und damit der hohe Qualitätsstandard möglichst durch die Vermeidung von Loswechselln gesichert werden.

Abstimmungsergebnis: Gegen die Stimmen von Frau Oberbürgermeisterin Reker und der FDP-Fraktion mehrheitlich zugestimmt.

Frau Oberbürgermeisterin Reker lässt über die Verwaltungsvorlage in geänderter Form abstimmen:

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, die zu vergebenden rettungsdienstlichen Leistungen unter Nutzung der Bereichsausnahme nach § 107 Abs. 1 Nr. 4 GWB im Rahmen an die in Köln ansässigen Hilfsorganisationen für die Dauer von 5 Jahren zu vergeben.

- Die Vergabe soll sich an wettbewerblichen Maßstäben mit den Kriterien Leistung, Kostentransparenz, Wirtschaftlichkeit orientieren.
- Die Angebote müssen so beschaffen sein, dass die Akzeptanz der Krankenkassen weiterhin gewährleistet bleibt.
- Damit angesichts des sich verschärfenden Fachkräftemangels eine verlässliche und stabile Personalgewinnung und -bindung erreicht wird, sind die beauftragten Organisationen vertraglich zur Einhaltung von Sozial-Standards zu verpflichten. Dazu gehören insbesondere eine tarifgerechte und ausbildungsentprechende Bezahlung, grundsätzlich unbefristete Arbeitsverträge für hauptamtliches Personal, Rechtsschutz bei einsatzbedingten Auseinandersetzungen und eine vollständige Bezahlung von persönlicher Schutzausrüstung in ausreichendem Umfang.
- Zur Nachwuchssicherung sind die beauftragten Organisationen vertraglich zu verpflichten, an einer bedarfsgerechten Ausbildung von Fachkräften mitzuwirken.
- Bei der Leistungsvergabe an bisherige Anbieter sollen die erworbenen Ortskenntnis und damit der hohe Qualitätsstandard möglichst durch die Vermeidung von Loswechselln gesichert werden.

Abstimmungsergebnis: Gegen die Stimmen von Frau Oberbürgermeisterin Reker und der FDP-Fraktion mehrheitlich zugestimmt.

7 Mündliche Anfragen

gez. Henriette Reker
Oberbürgermeisterin

Gez. Maria Knaup
Schriftführerin